

FDP – der geistig politische Unsinn

Der Siegeszug des Neo-Liberalismus ist zu Ende. Die Zeit für ihn ist abgelaufen. Ronald Reagan, Margaret Thatcher, Helmut Kohl, Tony Blair, George W. Bush, sie sind alle Geschichte, sie alle sind gescheitert. Die Finanz- und Wirtschaftskrise geht auf ihr Konto und auf ihr Konzept, dem Neoliberalismus, dem eines ungezügelten und unkontrollierten Kapitalismus.

Nur eine Partei will das absolut nicht wahrhaben, die FDP und vorneweg der Bundesschreihals Westerwelle. Fast alle haben es verstanden: Wohlstand für alle, Chancengleichheit, sozialer Ausgleich, gesellschaftlicher Zusammenhalt gibt es nur mit einem starken Staat. Einen schwachen Staat können sich nämlich nur die Reichen leisten.

Das ficht den Lautsprecher der Nation nicht an: Steuersenkung, Steuersenkung und nochmals Steuersenkung, egal ob die Schulden steigen, egal ob die Kommunen pleite gehen und mit ihr die öffentliche Daseinsvorsorge, die Steuern runter, aber bitte nur für das FDP-Klientel.

ZITAT DES MONATS

„Rente mit 67 heißt ja nicht, dass ein Dachdecker im Alter unbedingt auf dem Dach steht. Aber warum kann er nicht zum Beispiel im Verkauf arbeiten, wo er körperlich nicht mehr so gefordert ist, aber seine große Berufserfahrung voll einbringen kann.“

Ursula von der Leyen,
Bundesministerin für Arbeit und Soziales

Der Anfang vom Ende der solidarischen Krankenversicherung

Millionen Krankenversicherte, Arbeitnehmer und Rentner, müssen ab Februar 8,00 Euro pro Monat Extrabeitrag zahlen. Experten gehen davon aus, dass spätestens 2011 so gut wie allen 51 Millionen Kassenmitgliedern das gleiche Schicksal blüht. Oder es kommt noch schlimmer. Reicht dieser Extrabeitrag nicht aus, können bis zu 37,50 Euro pro Monat den Versicherten abgeknöpft werden. Die Arbeitgeber sind von einer Beitragsbeteiligung befreit. Um das zu verhindern, könnte die Regierung die MWSt auf Medikamente auf 7,5% reduzieren oder der Kostenexplosion bei den Arzneimitteln ein Ende bereiten, in dem die Selbstherrlichkeit der Pharmakonzerne beseitigt wird.

UNVERANTWORTLICH!

Professor Peter Bofinger, einer der Wirtschaftsweisen, sieht hinter den Steuersenkungsplänen von schwarz-gelb Strategie: Erst wird der Staat durch Steuersenkungen arm gemacht, dann eingedampft und in Folge muss hart gespart werden. Hinterher werden wir unseren Sozialstaat nicht mehr wiedererkennen. Nachzulesen im Vorwärts, Februar 2010

Merkel – Masche

Wochenlang war sie abgetaucht. Kein Mucks war zu hören, von der Bundeskanzlerin. Es fliegen die Fetzen. Westerwelle dreht auf, dreht durch, entdeckt die Dekadenz der Hartz-IV-Empfänger und den Sozialismus beim Bundesverfassungsgericht. Rösler will unbedingt die Kopfpauschale und endgültig die Solidarität im Gesundheitswesen abschaffen, Koste was es wolle. Seehofer entdeckt sein soziales Herz und hält zusammen mit Wadlbeißer Söder munter dagegen. Kein Wunder, man braucht dringend Ablenkung, vom SKANDAL um die BAYERISCHE LANDESBANK und dem CSU-Versagen.

Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) weiß, dass er sparen muss, will aber nicht sagen wo (bis nach der Landtagswahl in NRW). So nebenbei liefert er Munition gegen die Gesundheitspolitik von FDP-Rösler. Chaos hoch drei, keiner weiß so richtig für was die schwarz-gelbe Regierung wirklich steht.

Und die Kanzlerin, die die Richtlinien der Politik vorgeben soll? Merkel schweigt, lädt zum Friedensessen ein, lässt Röttgen Atomausstieg spielen. Alles wie gehabt. Das kennen wir doch von der Bundestagswahl: Lächeln und schweigen. Mutti schwebt als geistige Erneuerung über allem. Unser aller Kanzlerin wird es schon richten – und tschüs bis nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen.

BESTECHEND ehrlich!

Neulich beim Steuerberater: Treffen sich zwei Hotel-Besitzer. Sagt der eine zum anderen: „Lassen Sie sich auch ausrechnen, wie viel Sie mit der neuen Mehrwertsteuer sparen?“ Sagt der andere: „Nee, weiß ich schon längst. Jetzt lass ich mir ausrechnen, wie viel Steuern ich mit einer Spende an die FDP und CSU spare.“

Gewerbsteuer vor dem Aus?

Im Koalitionsvertrag haben schwarz-gelb verabredet, zu prüfen wie man „aufkommensneutral“ die Gewerbsteuer ersetzen kann. Voraussichtlich am 04. März wird die sogenannte „Gemeindefinanzkommission“ ihre Arbeit aufnehmen. Mit dem Verlust der Gewerbsteuer droht den Städten und Gemeinden eine noch größere Abhängigkeit von Bund und Ländern.

Städtetag für Stärkung der Kommunen

Der Deutsche Städtetag fordert eine Verfassungsänderung, um die Position der Kommunen gegenüber Bund und Ländern zu stärken. „Wir haben eine föderale Struktur mit Abläufen, die sich die Kommunen nicht mehr leisten können“, sagte Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages.

Hartz IV

Während Westerwelle weiter wegen Hartz IV auf den Sozialstaat eindrischt und Merkel den Anschein erweckt, sich von ihrem Vize zu distanzieren, sind sich CDU/CSU und FDP inhaltlich ziemlich nahe. Schäuble zum Beispiel gab am Wochenende zu erkennen, dass die Leistungen für Langzeitarbeitslose NICHT steigen sollen. Von der Leyen hatte bereits nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts angekündigt, dass verstärkte Hilfen, insbesondere für Kinder, vor allem in Form von Sachleistungen gewährt werden sollen.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière ließ grundsätzliche Sympathie für die FDP erkennen: „Was wir brauchen, ist eine Aufstiegsmentalität, sonst wird die Solidarität der Steuer- und Abgabenzahler zerstört, die das System finanzieren. Und Vizefraktionschef der CDU, Michael Fuchs betonte, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bedeute NICHT, dass die Sätze automatisch steigen werden“.

Merkel hat sich bisher lediglich von der Wortwahl ihres Vizes distanziert, nicht inhaltlich. Sie spielt eben auf Zeit

SIGMAR GABRIEL hat es auf den Punkt gebracht. Er nannte Westerwelle einen „sozialpolitischen Brandstifter“, der mit seinen frontalen Angriff auf Hartz-IV-Bezieher den sozialen Frieden gefährde. Damit wolle Westerwelle nur von den eigentlichen Sozialbetrügnern ablenken, den Verantwortlichen für die Finanzskandale, den Steuerhinterziehern – dem wirklichen Klientel der FDP.

Private Krankenversicherung

Immer mehr privat Versicherte beschwerten sich. Zum 01.01.2010 hatten die privaten Krankenversicherungen die Beiträge um bis zu 30% erhöht. Gleichzeitig verweigern Gesellschaften immer mehr Leistungen, die den Versicherten zustehen würden. Also: Teurer und weniger Leistungen. Die Privaten ködern mit billigen Tarifen junge, gesunde Menschen. Bei steigendem Alter oder bei vermehrter Krankheit kommt dann das böse Erwachen. Eine Rückkehr in die gesetzliche Krankenversicherung ist so gut wie unmöglich.

Die PKV ist keine gute Alternative zur GKV. Eine Gesundheitsreform à la FDP-Rösler, hat die Stärkung der Privaten im Sinn. Widerstand gegen eine Klientel-Politik die zur Entsolidarisierung und zu mehr Abzocke führt ist angesagt.

Parteispenden

Jetzt ist es amtlich: Die CDU bekommt am meisten, nämlich 7,5 Millionen Euro und das meiste von Unternehmen, 50 an der Zahl. Die viel kleinere CSU schaffte 6,4 Millionen Euro von über 40 Unternehmen, gefolgt von der FDP mit 2,69 Millionen Euro. Hervorzuheben sind bei der FDP 1,1 Mio. und bei der CSU 820.000 Euro, die beide Parteien von der Mövenpick-Hotelkette erhalten hatten. Ein Schelm, der keine Zusammenhänge zwischen dieser Großspende und dem Mehrwertsteuer-geschenk für Hoteliers sehen möchte.

Nachzutragen ist noch: SPD 2,67 Mio. und Grüne 490.000 von 20, bzw. 8 Unternehmen. Die Linke ging leer aus.

Horst Seehofer, der Wandlungsreiche

Nach dem Schulterchluss mit der FDP beim Steuercoup für Hoteliers, nun der Schulterchluss mit dem DGB in München. Gemeinsam Front gegen die Kopfpauschale und Rösler. Beim Aschermittwoch sollen die Banker und die Finanzwirtschaft zur Brust genommen werden. Schon ängstigt man sich in der CSU vor einem sozialistischen Kurs. Man befürchtet, die CSU könne noch die SPD links überholen. Der Generalsekretär Dobrindt bläst schon Entwarnung: „(Er könne) eine übermächtige Linke in der CSU nicht ausmachen.“ Und Seehofer, der dreht und wendet sich wie ein Irrwisch, mal steht er dort und mal dort oder gerade irgendwo.